

Inhalt der Sitzung vom 12.10.2015

TOP Ö 2

Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Abs. 4 GemO

Der Tennisclub Plankstadt e.V. überwies am 07.09.2015 500,00 Euro für die Notgemeinschaft. Die Gründungsmitglieder des Tennisclubs spendeten den Betrag anlässlich der Jubiläumsfeier „40-Jahre Tennisclub“.

GR Dr. Arno Neidig (CDU) bedankte sich im Namen der CDU bei dem Verein für die Spende und gab die Zustimmung der CDU.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) dankte im Namen der PL und gab deren Zustimmung.

GR Christine Grimm (SPD) sagte, dass die Jubiläumsfeier nicht nur für den Verein, sondern auch für die Notgemeinschaft ein großer Erfolg war. Sie dankte im Namen der SPD und gab die Zustimmung.

GR Thomas Burger (GLP) dankte für die großzügige Spende und gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) gratulierte den Gründungsmitgliedern des Vereins und sah in der Spende eine kleine Wiedergutmachung für alles, was die Gemeinde für den Verein erbracht habe. Er gab die Zustimmung der ALP.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Spende unter der Anlage 1 zu.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö 3

Feststellung der Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2014 und der Werksrechnung der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2014

Der TOP wurde in der GR vom 21. September

vertagt und auf Wunsch des Gemeinderats am 6. Oktober nochmals im VKSS besprochen und beraten.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass RAL Kroihner alle Eckpunkte genannt und einen Ausblick vorweggenommen habe. Die aktuelle Wirtschaftslage sei auch verantwortlich für das gute Rechnungsergebnis. Sie sprach den Dank der CDU an das Rechnungsamt aus. Die Gewerbe- und Einkommenssteueranteile seien angewachsen, man habe 1 Mio. € Mehreinnahmen im Vergleich zu 2013. Auch die Rücklage habe sich in den letzten Jahren erhöht, allerdings auch, weil viele Investitionen nicht umgesetzt wurden. Die Deckung des Haushalts erfolgte auch wieder durch Grundstückserlöse, so könne man den Haushalt nicht immer ausgleichen. Man müsse Grund und Boden auch für nachfolgende Generationen bevorraten. Sie lobte, dass das Rechnungsamt Geld eingespart habe, da die Umsetzung der Doppik aus eigenen Kräften geleistet wurde. Die Bilanz der Wasserverluste sei fantastisch und man hoffe, dass dies so bleibe. Sie gab die Zustimmung der CDU.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) fragte, warum 2007 ein Minus bei der Gewerbesteuerzahlung war? BGM Schmitt sagte, dass die Abwanderung des Pharmabetriebes ursächlich sei. Breitenbücher führte weiter aus, dass die Überdeckung beim Schmutzwasser 2013 gar nicht schmecke. Es gebe jedoch keine prozentuale Höchstgrenze bei der Über- und Unterschreitung von Gebühren. Sie sagte, dass der Bürger eine Kontinuität in der Gebührenerhebung haben solle und lobte das Bauamt für die veranlassten Baumaßnahmen, die mitverantwortlich für den geringen Wasserverlust seien. Plankstadt habe eine Rücklage, die sich sehen lassen könne, aber viele Unterhaltungsmaßnahmen seien auch nicht umgesetzt worden. Der Schuldenstand von 427,23 €/Kopf sei ein sehr erfreuliches Ergebnis. Durch die Verkäufe sei-

en auch nachhaltige finanzielle und soziale Verbesserungen der Gemeinde erfolgt. Zahlen seien letztlich nicht das alleinige Gedankengut und man wolle ein lebendiges Plankstadt. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass sich ein Ausgabenstau bei den Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen aufgetürmt habe. Es komme zu einer drastischen Gebührensenkung im Abwasser und das Rechnungsergebnis sei letztlich nicht ausreichend begründet. Sie fragte, warum die Wassergeldeinnahmen weniger seien und der Unterhaltungsaufwand bei der Gemeindewasserversorgung aber höher? Klare Erläuterungen seien unabdingbar. Sie gab die Ablehnung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass sich die finanzielle Situation wesentlich besser darstelle als ursprünglich geplant. Es müsse eine Übersicht der tatsächlichen Ein- und Ausgaben gewahrt bleiben. Sie gab die Enthaltung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass die Basisdaten jedes Jahr die gleichen seien, abgesehen von konjunkturellen Einwirkungen. Die Repräsentationskosten des BGM seien hoch gewesen. Die Zahlen seien gut, dies läge aber auch an der konjunkturellen Entwicklung. Er fragte, ob das Gewerbegebiet beibehalten werde, oder ob man es weiter unter die Leute bringe. Er gab die Ablehnung.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stellt die Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2014 und die Werksrechnung der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2014 fest und fasst die in der Anlage aufgeführten Beschlüsse.

Mehrheitlich angenommen mit 10 Ja-Stimmen von CDU, PL und BGM, bei 4 Gegenstimmen von SPD und ALP und 2 Enthaltungen der GLP.

TOP Ö 4

Zuschussanträge von Vereinen zu außerordentlichen Vorhaben für das Jahr 2016

Vereine mit Sitz in Plankstadt konnten bis zum 30.9.2015 Anträge auf Zuschüsse für außerordentliche Vorhaben im Jahr 2016 stellen. Auf Anregung eines Gemeinderats in der Gemeinderatssitzung im September sollte ein Zuschussantrag vorgezogen werden. Die Verwaltung hat sich aus diesem Grund dazu entschieden, sämtliche Anträge auf die Tagesordnung der Oktober-Sitzung zu nehmen. Die Bezuschussung der eingegangenen Anträge wurde in der nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Verwaltung, Kultur, Sport und Soziales am 06.10.2015 vorberaten.

GR Dr. Arno Neidig (CDU) sagte, dass die Zuschüsse sinnvoll und durchaus gerechtfertigt seien. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass die Vereine die beantragten Zuschüsse bekommen sollen. Lediglich der Punkt Nr. 7 solle vorerst ausgeklammert werden, da es sich bei dem Verein „Doomools un'Jezzard“ um keinen eingetragenen Verein handle. Da man hier einen Präzedenzfall schaffen würde forderte sie, dass durch die Verwaltung zuerst für solche Fälle Richtlinien geschaffen werden, die dann Anwendung finden sollen.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) sagte, dass die Arbeit der Vereine sehr wichtig sei. Man solle getrennt über den Antrag von „Doomools un' jezzard“ entscheiden, wenn konkrete Kosten vorliegen. Er gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass man nicht damit einverstanden sei, im Schnellverfahren alle Wünsche ab zunicken. Man habe bereits vor einiger Zeit gefordert, die Richtlinien zu erneuern. Man befürworte klar den Zuschuss an DRK oder auch den Musikverein, wolle sich aber enthalten.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass er keine Probleme mit der Vereinsförderung habe, es aber bisher eine gewisse Schiefelage gebe. Er forderte eine Überarbeitung der Richtlinien, damit auch andere zum Zuge kämen. Er gab die Zustimmung der ALP.

BGM Schmitt fragte die PL-Fraktion, ob man der Vorlage zustimme?

GR Ulrike Breitenbücher (PL) bejahte dies mit der Maßgabe, dass man klären solle, in wie weit Broschüren generell förderfähig seien.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung schlägt vor, bei den außerordentlichen Vorhaben für 2016 den Vereinen Zuschüsse in Höhe von insgesamt (noch festzulegen), zu gewähren.

Sofern die Voraussetzungen vorliegen, kann die Verwaltung die Zuschüsse für 2016 bereits 2015 auszahlen. Sofern es hierdurch zu überplanmäßigen Ausgaben kommt, stimmt der Gemeinderat diesen zu; Deckung dieser Mehrausgaben ist durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer (1.9000.003000) gewährleistet.

Einstimmig angenommen, bei 2 Enthaltungen der GLP.

TOP Ö 5

Abschluss einer Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Leistungserfüllung einer Grundbucheinsichtsstelle für die Gemein den Plankstadt und Oftersheim durch die Stadt Schwetzingen

-Zustimmung des Gemeinderates

-Statistik Zeitraum Dezember 2014

Im Zuge der Neuordnung des Grundbuchwesens wurde das Grundbuchamt Plankstadt zum 11. August 2014 nach Mannheim (zentrales Grundbuchamt) abgegeben. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 22. September 2014 entschieden, von der Möglichkeit, eine gemeinsame kommunale Grundbucheinsichtsstelle in Schwetzingen für die Gemeinden Plankstadt, Oftersheim und Schwetzingen einzurichten, Gebrauch zu machen und diese gemeinsam zu betreiben. Die hierfür notwendige Verwaltungsvereinbarung der drei Kommunen soll nun rückwirkend zum 01.01.2015 abgeschlossen werden. Die durch die Gemeinden Plankstadt und Oftersheim zu erstattenden Kosten belaufen sich auf 5,30 EUR (einfacher Grundbuchauszug) bzw. 15,30 EUR (beglaubigter Grundbuchausdruck).

Die Öffnungszeit der Grundbucheinsichtsstelle soll ab dem 01.01.2016 wie folgt (an die Öffnungszeiten der übrigen Verwaltung) angepasst werden:

Mo, Di, Do u. Fr 8.00 – 12.00 Uhr

Do 14:00 – 18.00 Uhr

sowie nach Vereinbarung

GR Dr. Arno Neidig (CDU) bedauerte den unvermeidlichen Weggang des GBA und gab die Zustimmung der CDU.

GR Fredi Engelhardt (PL) sagte, dass die Grundbucheinsichtsstelle zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger sei, und die finanziellen Auslagen tragbar wären. Auch die Reduzierung der Öffnungszeiten wären vertretbar. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Christine Grimm (SPD) verzichtete auf weitere Ausführungen und gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (PL) erkundigte sich, wo man eine Beglaubigung von Zeugnissen etc. erhalten? HAL Thate sagte, dass dies im Bürgerbüro erledigt wird. Schüller gab die Zustimmung der GLP und bat darum, die Kontaktdaten der Einsichtsstelle im GMB und auf der Homepage zu veröffentlichen.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass es nicht demokratisch sei, die Grundbuchämter zu zentralisieren. Es wäre interessant die gesparten Kosten zu erfahren. Er gab die Ablehnung der ALP. Beschlussvorschlag:

1. Die „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Leistungserfüllung einer Grundbucheinsichtsstelle für die Gemeinden Plankstadt und Oftersheim durch die Stadt Schwetzingen“ wird beschlossen.
 2. Die Statistik des Zeitraumes Dezember 2014 bis 31.08.2015 wird zur Kenntnis genommen.
 3. Die Anpassung der Öffnungszeiten wird zur Kenntnis genommen.
- Mehrheitlich angenommen mit 15 Ja-Stimmen von CDU, PL, SPD, GLP und BGM, bei 1 Gegenstimme der ALP.

TOP Ö 6

Beschaffung eines Mannschaftstransportwagens (MTW) für die Freiwillige Feuerwehr Plankstadt

Wegen Überalterung und Beanstandungen bei der letzten TÜV-Überprüfung (u.a. Durchrostung) soll eine Ersatzbeschaffung für den MTW der FFW Plankstadt erfolgen. Es wurde eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Zum Submissionstermin am 3. August 2015 lagen 2 Angebote vor. Das günstigere Angebot wurde von der Firma Fiat Kolb, Plankstadt, mit einem Angebotspreis von 79.189,74 € abgegeben. Mit Stellungnahme vom 23. September 2015 spricht sich die Freiwillige Feuerwehr Plankstadt für die Annahme des Angebots der Firma Kolb aus. Die erforderlichen Finanzmittel wurden im Haushalt 2015 bereitgestellt und sind vorhanden.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass die Feuerwehr ein neues Auto brauche und erkundigte sich, was mit dem alten Fahrzeug passiere? Herr Mechler sagte, dass das Fahrzeug der Gemeinde gehöre und natürlich veräußert werden kann. Berger gab die Zustimmung der CDU.

GR Silke Layer (PL) sagte, dass die FFW Plankstadt gestern um 18 Uhr ihren 40. Einsatz in diesem Jahr hatte. Dies ließe sich für alle Interessierten auf Facebook nachvollziehen. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) dankte der FFW für ihre Tätigkeit. Die Expertise der FFW sei bei der Auswahl entscheidend. Er gab die Zustimmung der SPD.

GR Thomas Burger (PL) sagte, dass das Material in einem guten Zustand sein müsse. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) fragte, ob es zu der Lebensdauer der beiden Fahrzeuge Erfahrungswerte gebe. Er gab die Zustimmung der ALP.

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag für die Lieferung eines MTW für die Freiwillige Feuerwehr Plankstadt wird vergeben an die Firma Fiat Kolb, Plankstadt, zu einem Angebotspreis von 79.189,74 €. Einstimmig angenommen.

TOP Ö 7

Modernisierung der Gaststätte Mehrzweckhalle

- Auftragsvergabe Lieferung Mobiliar und Ausstattung des Gastraumes

Bei der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik und Bauangelegenheiten am 06.07.2015 wurde von den Ausschussmitgliedern angeregt, im Zusammenhang mit den Modernisierungsmaßnahmen auch die mittlerweile abgenutzte Möblierung zu erneuern.

Nach Abstimmung der Materialien im Ausschuss wurde die Lieferung von Stühlen, Tischen, Sitzbänken und Garderoben beschränkt ausgeschrieben. Das preisgünstigste Angebot wurde von Fa. Brust und Partner GmbH aus Bad Schönborn mit einer Summe in Höhe von 71.617,77 EUR abgegeben.

GR Andreas Berger (CDU) bedankte sich für den Vor-Ort-Termin, wo man mehrheitlich die vorgeschlagene Möblierung ausgewählt habe. In der Fraktionsbesprechung kam man jedoch zu dem Schluss, dass die Stühle und das ganze Angebot zu teuer seien. Man solle nochmals ein Angebot von anderen Firmen einholen. Er gab die Ablehnung der CDU.

GR Dr. Klimpel-Schöffler (PL) sagte, die Ausschussmitglieder haben lange Probe gegessen und beraten. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) sagte, dass es im UTB um die Wahl der Stühle ging und man Leben in den Gastraum bringen möchte. Von der Summe wäre es aber einfach zu viel Geld und man könnte bei Mobiliar auch Geld einsparen. Er gab die Ablehnung der SPD.

BGM Schmitt sagte, dass die Forderung, Tische und Stühle neu anzuschaffen, nicht von der Verwaltung kam, sondern einstimmig von den Mitgliedern des UTB. Die damals vorgelegte Kostenschätzung lag bei 85.000 Euro. Man habe dann genau das vom Gemeinderat gewünschte ausgeschrieben und nun sind die Angebote rd. 71.000 Euro zu teuer. Das verstehe er nicht.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass die GLP Einzelabstimmung beantrage. Tische und Stühle müssten auf jeden Fall getauscht werden und das Restaurant solle künftig jung und modern wirken. Qualität habe ihren Preis. Er sprach die Bitte an alle Ratsmitglieder aus, sich Gedanken zu machen, was man wirklich wolle. Er gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass die Stühle überzeugt haben und die Beratung auch sehr gut war. Das Angebot sei nicht zu teuer, insbesondere dann wenn man bedenke, was die Mehrzweckhalle schon alles gekostet habe. Er gab die Zustimmung der ALP.

Einzelabstimmung:

Bei Stimmengleichheit abgelehnt mit 8 Ja-Stimmen von PL, GLP, ALP und BGM und 8 Gegenstimmen von CDU und SPD.

TOP Ö 8

Bauvoranfrage zur Bebauung der Grundstücke Flst.Nrn. 83, 83/6, 83/7, 84, Schwetzing Str. 19 + 21

Nachdem der Gemeinderat in seiner Sitzung am 20.07.2015 das Einvernehmen zu der 1. Bauvoranfrage versagt hat, haben die Eigentümer die Bauvoranfrage zurückgezogen und nun eine 2. Bauvoranfrage eingereicht. Bei der Umplanung wurde berücksichtigt, dass das Wohn- und Geschäftshaus in der 1. Baureihe nicht mehr entlang der Grenze zu dem Grundstück Flst.Nr.85, Schwetzing Str. 23 errichtet werden soll. Die städtebaulich nicht erwünschte über 7 m hohe Brandwand wird hier also nicht entstehen. Stattdessen ist nun – wie vom städtebaulichen Berater Herrn Gerhardt vorgeschlagen – ein Wohn- und Geschäftshaus in Fortführung der grenzständigen Scheune auf dem Grundstück des Heimatmuseums vorgesehen.

Nicht berücksichtigt wurde aber die beanstandete Bebauungstiefe. Während in der 1. Bauvoranfrage eine Bebauungstiefe von ca. 86 m angefragt wurde lautet nun die Bauvoranfrage: Kann die Bebauungstiefe ca. 98 m betragen?

Begründet wird diese noch größere Bebauungstiefe damit, dass in 1. Reihe nur noch 1 Wohn- und Geschäftshaus und im rückwärtigen Bereich 3 Doppelhäuser entstehen sollen. Die 1. Bauvoranfrage sah 2 Gebäude in 1. Reihe und jeweils 1 Mehrfamilienwohnhaus in 2. und 3. Baureihe vor. Durch die Umplanung könnten auf dem Grundstück nur noch 18

Wohneinheiten statt- wie ursprünglich geplant - 22 Wohneinheiten realisiert werden. Die größere Bebauungstiefe sei notwendig, um die 6 Wohneinheiten in den 3 Doppelhäusern im hinteren Bereich offener zu gestalten und attraktiver zu machen.

Die Grundstücke liegen innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles ohne Bebauungsplan und im Sanierungsgebiet „Ortsmitte II“.

Die Zulässigkeit von Vorhaben wird von der Gemeinde dort im Hinblick auf das Einfügungsgebot des § 34 BauGB und die Vereinbarkeit mit den Zielen und Zwecken der Sanierung gemäß § 144 Abs. 1 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 145 BauGB beurteilt.

Eine Bebauungstiefe von ca. 98 auf dem ca. 105 m langen Grundstück kann nicht befürwortet werden, weil der von der Gemeinde gewünschte Umfang der rückwärtigen Grundstücksbebauung weit überschritten wird.

GR Thomas Burger (GLP) fragte, ob GR Berger befangen sei, da er ja von den Eigentümern mit dem Abbruch des Gebäudes beauftragt wurde. Dieser wollte daraufhin den Ratstisch freiwillig verlassen.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass sie das so nicht wolle. Die Befangenheit solle überprüft werden.

HAL Thate kam nach einer Überprüfung des Sachverhalts anhand GemO und Kommentierung zu dem Ergebnis, dass bei GR Berger keine Befangenheit vorliegt, der sodann am Ratstisch blieb.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass man bereits im Juli der Bauvoranfrage zugestimmt habe und jetzt eine noch mal abgespeckte Version vorliege mit mehr größeren Freiflächen und weniger Bebauung. Sie gab die Zustimmung zur Bauvoranfrage und die Ablehnung zum Verwaltungsvorschlag.

GR Silke Layer (PL) sagte, dass einige Einwände der PL von der Planerin berücksichtigt seien, die beim letzten Mal schon bemängelte Bautiefe jedoch noch ausgeweitet wurde. Zudem sei der GR verpflichtet, sich an die LBO zu halten. Es gebe zu wenig Raum für Rettungswege und es lägen zahlreiche Nachbareinwendungen vor. Sie gab die Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) sagte, dass die Bebauungstiefe in vielerlei Hinsicht das Maß überschreite und viele Angrenzereinwendungen vorlägen. Er gab die Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass man sich den Ausführungen der PL und SPD anschließen könne und es mit der Planung zu extremen Veränderungen des Stadtbildes im Ortszentrum kommen würde. Er gab die Zustimmung der GLP zum Beschlussvorschlag.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass er immer noch die Position vertrete, dass man sich hier einen Bebauungsplan wünsche. Dem Besitzer ginge es nur darum, das ganze Gelände profitabel auszunutzen, was aber nicht ins Ortsbild passe. Außerdem gäbe es zu viele Einsprüche aus der Nachbarschaft. Er gab seine Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Das Einvernehmen zu der Bauvoranfrage zur Bebauung der Grundstücke Flst.-Nrn. 83, 83/6, 83/7, 84, Schwetzing Str. 19 + 21 wird gemäß §§ 34, 36 und 145 BauGB versagt.

Mehrheitlich angenommen mit 11 Ja-Stimmen von PL, SPD, GLP, ALP und BGM, bei 5 Gegenstimmen der CDU.

TOP Ö 9

Bauantrag zur Errichtung eines Gebäudekomplexes zur Unterbringung von Flüchtlingen auf einer Teilfläche des Grundstücks Flst. Nr. 1316/11 im Neurott 10 a + b

Am 22.06.2015 hat der Gemeinderat mehrheitlich den Grundsatzbeschluss gefasst, auf einem Teilbereich der Pachtgartenanlage im Neurott einen Gebäudekomplex zur Unterbringung von Flüchtlingen nach den Vorentwurfsplänen von Architekt Lerche zu errichten.

Der Bauantrag liegt nun vor und entspricht im Wesentlichen den bisher auch in einer Bürgerinformationsveranstaltung am 03.06.2015 vorgestellten Entwurfsplanungen.

Die beiden zweigeschossigen Gebäuderiegel mit insgesamt 12 Wohnungen (vier 3-Zimmerwohnungen und acht 2-Zimmerwohnungen) sollen Wohnraum für 56 Personen bieten. Zwischen den beiden Flachdachgebäuden sind Nebenräume für die Haustechnik, Fahrräder, Kinderwagen und Wäschetrockner sowie die innere Erschließungstreppe und Abstellräume für die 12 Wohnungen vorgesehen.

Außerdem wurden PKW-Stellplätze und ein Kinderspielplatz eingeplant.

Das für die Bebauung vorgesehene Grundstück liegt im ortsnahen Außenbereich.

Durch die BauGB-Novelle 2014 wurde der Katalog der im Außenbereich begünstigt zulässigen Vorhaben um solche Vorhaben erweitert, die der Unterbringung von Flüchtlingen dienen.

Das Einvernehmen muss erteilt werden.

BGM Schmitt informierte darüber, dass am vergangenen Freitag alle BGM beim Landrat zum Thema „Unterbringung von Flüchtlingen“ geladen waren. Er wies auf die gesetzliche Verpflichtung der Gemeinden zur Unterbringung von Flüchtlingen hin und sagte, dass momentan täglich zwischen 1.400 – 2.000 Personen neu nach Baden-Württemberg kommen. Der Rhein-Neckar-Kreis bekommt jede Woche 276 Personen davon zugewiesen und hat als Konsequenz die Gemeinden aufgerufen, für einen Anteil von 1,5 % ihrer jeweiligen Einwohnerzahl dem Kreis Unterkünfte oder Flächen zur Erstellung von Containeranlagen zur Verfügung zu stellen. Im nächsten Jahr werden der Gemeinde Plankstadt mindestens 42 Personen für die Anschlussunterbringung zugewiesen. Die Aufnahmequote wird dabei quartalsweise zu erfüllen sein. 2017 ist mit mindestens 84 Personen, realistisch jedoch eher mit einer Zuweisung von über 100 Personen zu rechnen. Es geht also nicht mehr um die Frage, ob man ein Gebäude braucht, sondern schon um die Überlegung, wie man weitermacht. Das dafür die bestehenden Kleingärten nicht in Betracht kommen, steht für den BGM außer Frage. Die derzeit in der Umsetzung befindliche Gesetzesänderung wird noch im laufenden Jahr neue Möglichkeiten der Umsetzung schaffen.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass ein großer Handlungsbedarf da sei und es keine Frage wäre, dass die Gemeinde etwas machen müsse. Man sei sicherlich nicht gegen den Gebäudekomplex, aber gegen den Standort. Man könne nicht zustimmen, da die CDU gefragt habe, ob alle Gartenpächter einverstanden seien, dies aber nicht der Fall sei. Es wurden im Rat keine alternativen Standorte diskutiert. Sie schlug vor in den nächsten 10 Tagen eine Ausschusssitzung zu diesem Punkt einzuberufen. Die CDU könne nicht zustimmen.

BGM Schmitt erwiderte, dass im Juni die betroffenen Kleingärtner alle eingeladen und befragt wurden. Er hat die Aussage der anwesenden Kleingärtner „Keiner ist mit dem Verlust des Gartens glücklich, aber man kann die Entscheidung verstehen und auch notgedrungen akzeptieren“ so weitergegeben.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sagte, dass sie die Haltung der CDU nicht verstehen könne und sprach von einem Paradoxon, da dem zuvor behandelten Antrag zum Adler mit ebenfalls deutlichem Grünverlust seitens der CDU zugestimmt wurde, hier aber abgelehnt werde. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Ablehnung der SPD. Die SPD habe bereits im Juni abgelehnt und lehne nun auch wieder ab. Man sei nicht gegen die Flüchtlingsunterbringung an sich, sondern gegen die Standortwahl.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass es einfach nicht möglich sei, diese Anzahl an Flüchtlingen dezentral unterzubringen. Sie beantragte Einzelabstimmung.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass er per Fax ein Schreiben vom 1. Landesbeamten verfasst erhalten habe. Daraus gehe hervor, dass die Unterbringung im Jungholz erfolgen könne.

BGM Schmitt erläuterte, dass Hohl die Unterbringung des Kreises nicht mit der Unterbringungsverpflichtung der Gemeinde vermischen könne. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

Nach einem Wortgefecht sprach BGM Schmitt gegen GR Hohl eine Ermahnung aus, keine persönlichen An-griffe beleidigender oder unterstellender Natur mehr zu äußern. Bei einem erneuten Vergehen wird Hohl der Sitzung wegen grober Ungebühr verwiesen.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass er irritiert sei über die Diskussion. Man rede immer noch von zentraler und dezentraler Unterbringung und frage, wie die Unterbringung derart vieler Menschen in vorhandenen Wohnungen erfolgen solle. Er mahnte, dass man hier mit Taktiererei auf die Nase fallen könne.

GR Jutta Schuster (CDU) bat darum, zeitnah aus Krisensitzungen beim Landratsamt informiert zu werden, wenn sich Neuerungen für Plankstadt ergeben.

Beschlussvorschlag:

Das Einvernehmen zu dem Bauantrag zur Errichtung eines Gebäudekomplexes zur Unterbringung von Flüchtlingen auf einer Teilfläche des Grundstücks Flst.Nr. 1316/11 im Neurott 10 a + b wird gemäß §§ 35, 36 BauGB erteilt.

Einzelabstimmung:

Mehrheitlich angenommen mit 9 Ja-Stimmen von PL, GLP, GRe Berger & Wolf und BGM, bei 7 Gegenstimmen von SPD, ALP und GRe Neidig, Helmling und Schuster.

TOP Ö 10

Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 21.09.2015 gefassten Beschlüsse

TOP NÖ 2

Verkauf des Flurstückes Nr. 1314/47 (Parzelle 8 & 9) im Gewerbegebiet Jungholz

Beschlossen.

TOP NÖ 3

Kauf Flurstück-Nr.: 94, Schwetzinger Str. 37, geänderte Bedingungen

Beschlossen.

TOP NÖ 4

Einstellung eines Mitarbeiters

Beschlossen.